

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: **Montag, den 07.05.2018**
Sitzungsbeginn: **18:30 Uhr**
Sitzungsende: **20:30 Uhr**
Ort, Raum: **Rathaus, Rathaussaal (EG)**

Sitzungsnummer: **HA/005/2018**

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Harald Jäschke

Stadtvertreter/in

Frau Heidrun Dräger

Herr Heinz Gohsmann

Herr Lutz Heinrich

Herr Gregor Kutzner

Herr Wolfgang Mieck

Herr Rainer Wilmer

Entschuldigt fehlen:

Stadtvertreter/in

Frau Marlis Reimann

Verwaltung

Herr Jörn Pamperin

Verwaltung

Frau Marlis Borries-Dettmann

Frau Sandy Mandlik

Frau Dagmar Poltier

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Beate Benz

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 09.04.2018
- 4 Bericht der Verwaltung
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Anfragen
- 7 Vollzug des Haushaltsplanes
- 8 Annahme von Spendengeldern
Vorlage: 076/18/10

Nicht öffentlicher Teil

- 9 Bericht aus den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung
- 10 Stand offene Forderungen
- 11 Vergabe von Bauleistungen
hier: Beräumung und Profilierung vor Steinlager Bahlen
Vorlage: 079/18/30
- 12 Personalangelegenheiten
- 13 Entscheidung über einen arbeitsgerichtlichen Vergleich
Vorlage: 077/18/20
- 14 Bericht über den Stand der Stellenbewertung
- 15 Terminabsprachen
- 16 Anfragen, Mitteilungen der Verwaltung

Öffentlicher Teil

- 17 Wiederherstellung der Öffentlichkeit
- 18 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V § 31 Abs. 3
- 19 Schließen der Sitzung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Jäschke eröffnet die Sitzung um 18.30 Uhr. Der Hauptausschuss ist mit 7 anwesenden Mitgliedern zu Sitzungsbeginn beschlussfähig.

Herr Kutzner nimmt in Vertretung für Frau Reimann an der Sitzung teil.

zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Herr Wilmer beantragt, die Behandlung des Punkt 12 – Personalangelegenheiten – aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil anschließend an den Punkt 16 – Anfragen und Mitteilungen - in nichtöffentlicher Sitzung zu verlegen, und zwar ohne Anwesenheit der Verwaltungsvertreter, den Bürgermeister ausgenommen. Die Antragsbegründung wird er vortragen zum Zeitpunkt, wenn der TOP aufgerufen wird.

Die geänderte Tagesordnung lautet wie folgt:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 09.04.2018
- 4 Bericht der Verwaltung
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Anfragen
- 7 Vollzug des Haushaltsplanes
- 8 Annahme von Spendengeldern
Vorlage: 076/18/10

Nicht öffentlicher Teil

- 9 Bericht aus den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung
- 10 Stand offene Forderungen
- 11 Vergabe von Bauleistungen
hier: Beräumung und Profilierung vor Steinlager Bahlen
Vorlage: 079/18/30
- 13 Entscheidung über einen arbeitsgerichtlichen Vergleich
Vorlage: 077/18/20
- 14 Bericht über den Stand der Stellenbewertung
- 15 Terminabsprachen
- 16 Anfragen, Mitteilungen der Verwaltung
- 12 Personalangelegenheiten

Öffentlicher Teil

- 17 Wiederherstellung der Öffentlichkeit
- 18 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
lt. KV M-V § 31 Abs. 3
- 19 Schließen der Sitzung

Die geänderte Tagesordnung wird mit einem **Abstimmungsergebnis von 7:0:0 genehmigt.**

zu 3 Billigung der Sitzungsniederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 09.04.2018

Die Sitzungsniederschrift vom 09.04.2018 wird mit einem **Abstimmungsergebnis von 5:0:2 genehmigt.**

Herr Wilmer nimmt im Zusammenhang mit seine Anfrage zum Stand der Stellenbewertungen in der Sitzung am 09.04.2018 Bezug auf die Seite 4 der Niederschrift. Hieraus geht hervor, dass die zugesagte Übersicht zum Stand der Stellenbewertungen nachgereicht werden sollte. Bis jetzt hat er diese Übersicht nicht bekommen. Herr Jäschke erwidert, dass die Übersicht heute noch wird mit Aufruf des TO 14.

zu 4 Bericht der Verwaltung

Herr Jäschke übergibt seinen Dienstreisebericht für den Zeitraum vom 01.12.2017 bis 30. April 2018 und teilt daran anschließend mit, dass er am 04.05. 2018 einen Bewilligungsbescheid des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung des Landes M-V übergeben bekommen hat in Höhe von 134.884,37 € an Städtebauförderungsmitteln für die Sanierung des Mühlenplatzes.

Gewünscht worden sind Informationen über die bisherige Auslastung der Stadtinformation. Hierzu ist eine Besucherstatistik erstellt worden für den Zeitraum vom 28.08.2017 bis 06.05.2018.

Zum Ende der Saison 2017 und über den Winter hinweg wurde die Touristeninformation eher weniger frequentiert. Insgesamt waren im genannten Zeitraum 1.046 Besucher zu verzeichnen. 980 Personen haben die Touristeninformation direkt aufgesucht, dazu kamen 51 telefonische Kontakte und 15 E-Mail-Anfragen. Im Zusammenhang mit der Touristeninfo kam auch die Frage nach dem Standort für die Fahrradgaragen auf. Am 11.10.2017 wurde im AWTUOS mitgeteilt, dass die Errichtung von 4 Fahrradgaragen mit dem Bezug der neuen Stadtinformation auf dem Hinterhof am Markt 14 geplant ist. Der Standort am Hafen ist aus Sicht der Verwaltung eher negativ zu beurteilen aufgrund der Erfahrungen mit Vandalismus in diesem Bereich mit allen seinen Folgen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Probleme mit dem WC am Hafen, bei dem vor kurzem erst die Klinke von innen abgebrochen worden ist. Außerdem gibt es Erfahrungsberichte des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs, nach denen Radler ihre meist teuren Fahrräder in die Innenstädte mitführen, um dann zu entscheiden, ob sie am Ort verbleiben möchten oder auch nicht. Erschwerend kommt hinzu, dass es am Hafen logistische Probleme gibt, wie Schlüsselausgabe, Datenaufnahme, Kautionsannahmen-und Ausgaben. Schwierig wird auch die statistische Erhebung in der Frage, ob sich die Anschaffung dieser Garagen überhaupt lohnt. Verhindert werden sollte auch eine Dauerbelegung der Fahrradboxen mit ihrer Errichtung

am Standort der Stadtinformation am Markt. Die genannten Gründe haben letztendlich dazu geführt, die Fahrradgaragen auf dem Hof Markt 14 zu installieren. Nach seiner Kenntnis kam es im Zuge der Information zu dieser Vorgehensweise zu keinen gegenteiligen Äußerungen im Ausschuss selbst noch von anderer Stelle.

Herr Gohsmann verweist ebenfalls auf die Sitzungsniederschrift der besagten Sitzung des AWTUOS in der letztlich empfohlen worden ist, dass die Verwaltung diese Vorgehensweise nochmal prüfen soll. Ausschlaggebend ist der Beschluss der Stadtvertretung zum Haushalt 2017 und der sagt eindeutig, dass der Standort für die Fahrradgaragen der Hafen ist. Er merkt kritisch an, dass die Verwaltung ohne vorherige Information anderslautende Entscheidungen trifft, woraufhin Herr Jäschke auf die angesprochene Information im AWTUOS verweist.

Herr Wilmer vertritt die Auffassung, dass es sich gehört, dass eine neue Vorlage gefertigt wird, wenn sich bei der Umsetzung im Nachhinein herausstellt, dass ein Beschluss der Stadtvertretung oder sein Ergebnis verbesserungsbedürftig ist. Der Beschluss kann dann auch nur durch einen anderen Beschluss der Stadtvertretung geändert werden.

Herr Jäschke verweist darauf, dass eine Information stattgefunden hat und er der Überzeugung ist, dass der jetzt gewählte Standort der bessere ist.

Herr Heinrich schließt sich der Auffassung von Herrn Wilmer an. Er bittet darum, bis zur nächsten Sitzung des AWTUOS herauszuarbeiten, wie häufig eine Vermietung der Fahrradgaragen stattgefunden hat am jetzigen Standort, und ob dieser 24 Stunden am Tag zugänglich ist.

Herr Jäschke teilt mit, dass durch den Landkreis eine Kindertagesstättenbedarfsplanung erstellt worden ist, die nicht ganz mit den Vorstellungen der Stadt übereinstimmt. Anfang Juni wird es in der Sache noch einmal ein Gespräch mit Frau Reiß vom Landkreis geben. In einem Telefonat hat sie ihn darauf hingewiesen, dass der einzige Weg, Abhilfe zu schaffen, der ist, dass eine weitere Kindertageseinrichtung in Boizenburg gebaut würde. Sie möchte ein Interessenbekundungsverfahren von Seiten des Landkreises durchführen, um möglicherweise Interessen auf Seiten der Träger herauszuarbeiten.

Ein ähnliches Verfahren würde er übrigens vorschlagen, wenn es um den Umbau der Bibliothek geht.

Aus Sicht von Herrn Wilmer sollte, noch bevor dieses Gespräch mit Frau Reiß stattfindet, eine öffentliche Veranstaltung mit Beteiligung des Kreisjugendamtes stattfinden, in der ein paar Sachen von ihrer Gesetzmäßigkeit her klargestellt werden sollten, zum Beispiel, dass es **keinen Rechtsanspruch** auf einen Hortplatz gibt und wer für welche Planungsfragen und deren Umsetzung in der Verantwortung steht. Er geht davon aus, dass zum neuen Schuljahr die Diskussion erneut beginnen bzw. sich fortsetzen wird.

Für Frau Dräger bittet um eine Aufstellung durch die Verwaltung über die Anzahl der belegten Plätze in den Einrichtungen in Boizenburg, die mit auswärtigen Kindern aus dem Umland belegt sind. Der Rechtsanspruch bezieht sich auf einen Platz, nicht aber auf einen bestimmten Platz und sie sieht hier auch das Amt Boizenburg-Land in der Verantwortung.

Für die Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie im Stadtgebiet Boizenburg arbeitet das StALU an der Genehmigungsplanung. Die Planungen wurden am 11.04.2018 im StALU zusammen mit dem Biosphärenreservatsamt und dem Sportanglerverein beraten. Es ging dabei um das Projekt, das seinerzeit von Herrn Andreas Dierks angeschoben worden ist. Haushaltsmäßig eingetaktet sind die Maßnahmen beim StALU für das Frühjahr 2019. Wenn die Planungen weiter fortgeschritten sind, kann er sich vorstellen, das auch noch einmal hier im Hauptausschuss zu präsentieren.

Zum Beschluss der Stadtvertretung, das Grundschulzentrum als volle Halbtagschule zu betreiben, hatte die Verwaltung in der Beschlusskontrolle vom 30.10.2017 vermerkt, dass ein Antrag auf Errichtung einer vollen Halbtagschule an die jeweiligen Schulkonferenzen der Grundschulen gestellt wird. Dazu hat er im Hauptausschuss am 08. Januar 2018 berichtet. Problematisch ist, den Beschluss zum jetzigen Zeitpunkt umzusetzen. Um die Schulen aber darauf aufmerksam zu machen, hat er diese Anträge gestellt und die Schulkonferenzen haben sie naturgemäß erstmal abgelehnt, da zum einen solche Anträge nur bis zum September für das Folgeschuljahr gestellt werden können und zum anderen aus sachlichen Gründen, die sich ihm nicht auf Anhieb erschließen. Das heißt nicht, dass der Antrag damit erledigt ist. Es wird versucht werden, dieses Merkmal bei den Planungen für das Grundschulzentrum einzubringen.

Herr Wilmer erwidert, dass dies nicht das Anliegen seine Nachfrage war. Er wollte wissen, warum Herr Jäschke zumindest der einen Grundschule einen Beschluss mitgeteilt hat, der so nicht gefasst worden ist. Der Beschluss lautet: Antrag der Fraktion BfB: Führung des künftigen Grundschulzentrums als volle Halbtagschule. Es ging um das künftige Grundschulzentrum, und Herr Jäschke hat mitgeteilt, ab dem Schuljahr 2018/19 die Grundschule als volle Halbtagschule einzuführen. Das ist nicht beschlossen worden und Herr Jäschke hätte der Grundschule nur schlicht und ergreifend den Beschluss der Stadtvertretung mitteilen sollen.

Herr Jäschke erwidert, dass in seinem Schreiben an die Schulen von einem Beschluss der Stadtvertretung nicht die Rede war. Er hat dieses Schreiben in seiner Funktion als Bürgermeister und Vertreter der Stadt verfasst und er war sich auch bewusst, dass eine Einführung ab dem Schuljahr 2018/19 nicht Beschlusslage ist. Seine Absicht war, die Schulen zu veranlassen, sich mit der Thematik zu befassen, da letztlich die neue Schulkonferenz aus den beiden Grundschulen gebildet wird.

Herr Wilmer wirft dem Bürgermeister vor, dass er wieder einmal einen Beschluss der Stadtvertretung bisher nicht ausgeführt hat, was Konsequenzen haben wird.

Der Bürgermeister teilt weiter mit, dass Vodafone und die Telekom ihre LTE-Dienste in Boizenburg ausweiten. Die Telekom setzt das am Standort Breitscheidstraße 33 um, Vodafone am Kirchturm.

In der Frage der IT-Konsolidierung führt er aus, dass vorgesehen ist, das gemeinsam mit dem Zweckverband e-Government anzugehen. Die Stadt ist Mitglied in diesem Zweckverband und es wird davon ausgegangen, dass die Stadt von hier aus gut beraten wird. Der Zweckverband wird dazu ein Angebot vorlegen, über das er dann gerne in diesem Gremium informieren wird. Zu der Anfrage von Herrn Wilmer zum Sachstand bei den Garagen führt er aus, dass die von Herrn Wilmer genannte Summe von 12,0 T€ im Haushalt verwaltungsseitig nicht gefunden werden konnten. Im Haushalt 2018 befinden sich in der Einnahme 25,0 T€ und in der Ausgabe 30,0

T€. Die Stadt ist dabei, die Garagen zu bewirtschaften. Die Ausgabehöhe ist so angesetzt worden, weil noch nicht genau eingeschätzt werden kann, wie es mit der Zahlungsfähigkeit der betreffenden Personen aussieht. Das Verfahren bzgl. der Garagen läuft ansonsten und er weiß nicht, welche Angaben Herr Wilmer ganz genau haben will.

Herr Wilmer erklärt darauf hin, dass man sich darauf verständigt hatte, dass nachgeprüft wird, was die Mieter der Garagen aus eigenen Mitteln aufgebracht haben und in welchem Umfang das gegen die Einnahmen verrechnet wird. Nach seiner Erinnerung sollte das Verfahren per 31.03.2018 abgeschlossen sein, und zwar in Bezug auf diejenigen, die jetzt unter diese Regelung fallen.

Die Frage von Herrn Wilmer ist durch die Verwaltung dann, so Herr Jäschke, nicht richtig interpretiert worden, sodass eine erneute Prüfung dieser Frage erfolgen wird.

Herr Jäschke informiert sodann, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft ihren Geschäftsbericht vorgelegt hat, der bei Bedarf gerne eingesehen werden kann.

Der MotoCross Boizenburg e.V. führt am Herrentag auf seine Flächen von 9:00 Uhr bis 13:00 Uhr wieder eine Veranstaltung durch. Bei der Polizei ist diese bereits angemeldet.

Die Ortsteile Bahlen/Bahlendorf beteiligen sich am Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft – Unser Dorf soll schöner werden“. Der Bereisungstermin der Jury, die die Ortsteile bewertet, findet am 18.05.2018 statt.

2015 hat sich die Stadt Boizenburg auf Bundesebene an dem Projekt ExWoSt-Forschungsfeld „Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen“ beteiligt, hier aber keinen Zuschlag zur Förderung erhalten. Dieses Projekt steht nun vor dem Abschluss. Innerhalb der Erarbeitung der Abschlussdokumentation fand am 09.04.2018 unter Teilnahme der 2. Stellvertretenden Bürgermeisterin, Frau Poltier, ein Workshop statt, in dem die Stärken und Schwächen und die Möglichkeiten für eine Verstärkung der positiven Entwicklung dargestellt wurden.

Aus der Beteiligung an diesem o.g. Projekt in 2015 ergab sich die Teilnahme am Projekt „Umsetzung der Leitinitiative Zukunftsstadt“ mit dem Thema GoIngVis – Denn (klima)Wandel gemeinsam gestalten, seit dem Jahr 2017. Hier steht die Bewilligung in Aussicht; eine Informationsveranstaltung zum Thema und zum Stand des Projektes gab es am 24.04.2018.

Am 12.04.2018 fand mit der Verkehrsbehörde und der Polizei eine Beratung zur Umsetzung von Maßnahmen aus dem VEP statt. Es konnten zu einigen Ideen positive Vorabstimmungen vorgenommen werden. Wenn der zuständige Sachbearbeiter wieder im Dienst ist, wird er eine Unterlage für den ABSVD zur Beratung vorbereiten.

Bisher erhebt die Stadt von den Eigentümern der Grundstücke keine Gebühren für die Leistungen des Wasser- und Bodenverbandes (WBV); sämtliche Kosten trägt die Stadt. Der WBV bietet an, die Erhebung der Gebühren der privaten Grundstückseigentümer für die Kommunen zu übernehmen.

zu 5 Einwohnerfragestunde

Entfällt.

zu 6 Anfragen

Herr Wilmer hat der Niederschrift über die Sitzung des SKS vom 17.04.2018, hier die Einwohnerfragestunde, entnommen, dass die Vorsitzende Frau Dyrba die anwesenden Jugendlichen aufgefordert hat, ihre Fragen zu stellen und Herr Pamperin darauf erklärt hat, dass Fragen zu dem TOP jetzt gestellt werden müssten. Diesen Vorgang möchte er gerne erklärt haben.

Herr Pamperin führt aus, dass in der Sitzung Jugendliche anwesend waren, die offensichtlich mit dem offiziellen Prozedere nicht vertraut waren. Da auf der TO Punkte waren, die Jugendliche betroffen haben, wie die Frage eines Jugendparlaments beispielsweise, sollte dies ein Anstoß für die Jugendlichen sein, sich zu trauen, ihre Fragen vorzubringen.

Herr Wilmer meint, dass in der Einwohnerfragestunde Fragen zu Punkten der TO ausgeschlossen wären.

Herr Heinrich erinnert daran, dass das in den Fachausschüssen jetzt möglich ist, in dieser Frage hat es eine Überarbeitung der GO gegeben kürzlich.

Zur Thematik Jugendparlament merkt Herr Wilmer noch an, dass die Jugendlichen einen Platz brauchen werden, an dem sie ihr Mitspracherecht ausüben können und fragt nach der Meinung der Verwaltung hierzu.

Von Seiten der Verwaltung wird nach Aussage des Bürgermeisters die Begrifflichkeit „Jugendparlament“ als etwas zu hoch gegriffen angesehen. Im Ergebnis der bisher geführten Gespräche mit den Jugendlichen wird daher die Gründung eines „Jugendbeirates“ vorgeschlagen, aus dem sich später möglicherweise ein „Jugendparlament“ entwickeln ließe.

Herr Wilmer fragt, ob die Stadt beabsichtigt, sich an einer Aktion der Volks- und Raiffeisenbanken zu beteiligen, bei der es um deren Hilfe bei der Sanierung von Spielplätzen geht usw. Als Abgabetermin wird der 11. Mai genannt.

Herr Pamperin antwortet, dass die Stadt sich beteiligen würde, er muss sich aber vorher nochmal die Bedingungen ansehen. Er selbst kennt das nur aufgrund einer entsprechenden Information durch Frau Wittig.

Frau Dräger erinnert an eine Frage bzw. Bitte zum Weg der Jugend in der Sitzung der Stadtvertretung. Hier ging es darum, dass von verschiedenen Seiten in dem Bereich der „Betreuten Wohnanlage“ darauf hingewiesen worden ist, dass Schüler dort die Straßenseite wechseln müssen, wenn sie zur Bushaltestelle am „Kulti“ gehen. Ebenso betroffen sind ältere Bürgerinnen und Bürger und ihr geht es darum, dass die Stadt das Gespräch mit dem Investor sucht, um zu klären, ob man möglicherweise auf eine unkomplizierte Art und Weise einen Weg über das Rasenstück führen könnte.

Die Verwaltung wird die Frage prüfen, so Herr Jäschke.

Herr Gohsmann fragt nach ob es hinsichtlich der Bitte, die Rückfront des ehemaligen Kulturhauses (Ruine) freundlicher zu gestalten, eine Reaktion des Eigentümers gegeben hat. Dies wird durch Frau Poltier verneint.

zu 7 **Vollzug des Haushaltsplanes**

Herr Wilmer spricht die Vertagung der Beschlussfassung über diverse Gebührensatzungen an, die letztlich ihre Auswirkungen haben in finanzieller Hinsicht und fragt, wie man das für die Zukunft verhindern kann. Wenn sich für die Verwaltung abzeichnet, dass aus einem Fachausschuss aufgrund von Stimmgleichheit bei der Abstimmung keine Empfehlung resultiert, wäre es sinnvoll, wenn der Vorsitzende des Hauptausschusses dessen Koordinierungsfunktion nutzt, um für die Sitzung der Stadtvertretung eine Empfehlung des Hauptausschusses einzubringen. Inwieweit die Stadtvertretung dann einem Votum des Hauptausschusses folgt, ist abzuwarten. Er denkt, dass damit verhindert werden könnte, dass es in der Stadtvertretung zusätzlich zu langen inhaltlichen Diskussionen kommt.

Herr Jäschke erklärt, dass er die Koordinierungsfunktion des Hauptausschusses in diesen Fällen nicht erkannt hat, da die entsprechenden Vorlagen drei Fachausschüsse durchlaufen haben. In zwei Fachausschüssen gab es eine eindeutige Empfehlung, im AWTUOS Stimmgleichheit, und damit die Ablehnung. Die Entgeltordnung ist sogar zweimal in den Fachausschüssen beraten worden und die Verwaltung hat versucht, Änderungswünsche auch entsprechend darzustellen.

Herr Wilmer bittet in diesem Zusammenhang dringend darum, die Niederschriften nicht zum allerletzten Termin vorzulegen, weil das die Fraktionsarbeit unnötig erschwert.

Auf der Seite 3 des vorliegenden Kennziffernspiegels per 27.04.2018 ist unter der Position 511/1 gemeinsam aufgeführt: Sanierungsgebiet Altstadt (Mühlenplatz) + Grundschulzentrum (Komplementäranteil). Herrn Gohsmann erschließt sich nicht, warum das in einem Punkt zusammengefasst wurde.

Herr Pamperin erklärt, dass es sich um das gleiche Buchhaltungskonto handelt.

In Bezug auf die Position 538/20 - Neubau der Pumpstation, Auffangbecken plus....ist Herr Gohsmann der Meinung, dass hierfür mal 650 T€ vorgesehen waren. Für 2018 stehen jetzt 428 € und für 2017 ist ein Jahresüberschuss von knapp 600 T€ angegeben. Insgesamt stehen dafür dann gut 1,0 Mio € zur Verfügung. Sollte die Maßnahme aber insgesamt nur 650 T€ kosten, wie vorgesehen, passen die angegebenen Zahlen nicht zueinander.

Frau Poltier antwortet, dass das so dargestellt worden ist und für Pumpstation und Auffangbecken diese Summe anfällt.

Herr Heinrich erinnert daran, dass vereinbart war, dass parallel zur Verteilung des Kennziffernspiegels die Liquiditätsübersicht verteilt wird. Das ist nicht passiert.

zu 8 **Annahme von Spendengeldern** **Vorlage: 076/18/10**

Beschluss: 076/18710

Der Hauptausschuss der Stadt Boizenburg/Elbe stimmt der Annahme der in der Sachdarstellung aufgeführten Spende in Höhe von 450,00 EURO zu.

Abstimmungsergebnis:

7:0:0

zu 17 Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Ohne Protokoll

Herr Jäschke stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her.

|

**zu 18 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
lt. KV M-V § 31 Abs. 3**

Ohne Protokoll

Die Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil werden durch den Ausschussvorsitzenden bekanntgegeben.

zu 19 Schließen der Sitzung

Ohne Protokoll

Herr Jäschke beendet die Sitzung um 20.30 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 08.06.18

gez.: Marlis Borries-Dettmann
Protokollführerin